ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Neuhoff, Karsten

Article

Ende der Welt gegen Monatsende? Muss kein Widerspruch sein

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:
German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Neuhoff, Karsten (2018) : Ende der Welt gegen Monatsende? Muss kein Widerspruch sein, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 85, Iss. 51/52, pp. 1124-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-51-4

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/190785

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

KARSTEN NEUHOFF

Ende der Welt gegen Monatsende? Muss kein Widerspruch sein

Prof. Karsten Neuhoff ist Leiter der Abteilung Klimapolitik am DIW Berlin.
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Seit Jahren feilen wir Klimaökonominnen und -ökonomen an Modellen und Ansätzen, um CO_2-Emissionen zu reduzieren und den Klimawandel anzuhalten. Die Proteste der „Gelbwesten" in Frankreich, ausgelöst durch eine Erhöhung der Benzin- und Dieselsteuern, haben aber gezeigt: Das wird nicht funktionieren, wenn wir nicht alle mitnehmen und klar zeigen, dass die Kosten für den Klimaschutz für die Einkommensschwächsten abgefedert sind. Zum Glück gibt es Modelle, mancherorts sogar schon Praxisbeispiele, wie das gehen kann. Es erfordert nur, dass wir Ökonomen ein bisschen über unseren Schatten springen.

Um den CO_2-Ausstoß zu mindern, muss man diesen so teuer machen, dass klimafreundliche Materialien, Technologien und Verhalten attraktiver sind als klimaschädliche Optionen. Das ist die simple, unschlagbare Logik hinter allen Modellen der CO_2-Bepreisung. Diese soll für klimafreundliche Entscheidungen von Haushalten und Unternehmen sorgen. Der EU-Handel mit Emissionszertifikaten fällt unter diese Kategorie, aber auch Steuern auf Treib- und Brennstoffe oder mögliche Abgaben auf CO_2-intensive Grundstoffe. So weit, so gut.

Jenseits der ökonomischen Logik gibt es aber die reale Welt, in der Pendler nicht einfach in den Zug hopsen können, wenn der Treibstoff teurer wird – zum Beispiel weil es die Zugverbindung nicht (oder nicht mehr) gibt –, geschweige denn sich ein teures Elektroauto anschaffen. Und so werden dem „Ende der Welt", über das im fernen Katowice aus Sicht vieler abstrakt diskutiert wurde, die „schwierigen Monatsenden" entgegengesetzt, die für viele eine bittere Realität sind. Klar hat das erste und abstraktere Argument das Nachsehen. Auch deshalb meidet die Politik in den meisten Ländern das Thema CO_2-Bepreisung. Eine solche erscheint als zu schwierig zu vermitteln, sind doch die einkommensschwächsten Haushalte diejenigen, bei denen Heizen und Verkehr oft einen größeren Anteil der Ausgaben darstellen.

Was aber, wenn die Erlöse einer CO_2-Abgabe direkt denen zugutekommen, die sie bezahlt haben? Uns Ökonominnen und Ökonomen bereitet so etwas Unbehagen, opfern wir doch damit einen Teil der von uns so geliebten Effizienzgewinne von CO_2-Preisen. Lieber wäre uns, die Steuererlöse würden dafür genutzt werden, andere Steuern oder Umlagen zu senken und damit zugleich deren Fehlanreize zu reduzieren. An dieser Stelle müssen wir aber wahrscheinlich ein Stück gesamtwirtschaftliche Effizienz opfern – das ist der Preis für Glaubwürdigkeit und Akzeptanz.

Die Schweiz und Kanada haben bereits diesen Weg eingeschlagen. Ein Großteil der Erlöse aus der CO_2-Bepreisung wird pro Kopf an die Bürgerinnen und Bürger zurückerstattet. In diesem Jahr haben alle in der Schweiz eine Rückerverteilung von umgerechnet 79 Euro über ihre Krankenkasse bekommen. Diese Rückverteilung trägt seit Jahren zur politische Unterstützung für einen steigenden CO_2-Preis (aktuell 86 Euro/Tonne) bei. Sie zeigt, dass es „dem Staat" nicht einfach um eine neue Einkommensquelle geht – denn ein Teil des Geldes fließt zurück –, sondern wirklich um Klimaschutz und darum, die richtigen Anreize zu setzen. Und sie sichert ärmere Haushalte ab. Denn diese kaufen weniger ein, fahren weniger Auto und leben in kleineren Wohnungen als reichere Haushalte, bekommen aber die gleiche Summe rückverteilt. Wichtig bei einem solchen Modell ist es, glaubhaft zu machen, dass die Abgaben sinnvoll für die Menschen eingesetzt werden.

Ein anderer Teil der Erlöse kann zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden. In der Schweiz wird zum Beispiel mit einem Teil der Erlöse die Wärmedämmung von Wohnungen gefördert. Die CO_2-Abgabe schafft somit Anreize für Energieeffizienz und erschließt zugleich eine Finanzierungsquelle für die Wärmedämmung, trägt zur sozialen Verträglichkeit bei und ist als Modell einfach genug, um klar kommuniziert zu werden. Letzten Endes wird es darum gehen, CO_2-Preise clever zu gestalten, Erlöse nachvollziehbar zu nutzen und so Menschen Ängste zu nehmen.

DOI: https://doi.org/10.18723/diw_wb:2018-51-52-4

IMPRESSUM

DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
www.diw.de
Telefon: +49 30 897 89–0 Fax: –200
85. Jahrgang 19. Dezember 2018

Herausgeberinnen und Herausgeber
Prof. Dr. Tomaso Duso; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.; Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Stefan Liebig; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Dr. Claus Michelsen; Prof. Johanna Möllerström, Ph.D.; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Jürgen Schupp; Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Chefredaktion
Dr. Gritje Hartmann; Mathilde Richter; Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat
Prof. Dr. Daniel Schnitzlein; Prof. Dr. Dorothea Schäfer

Redaktion
Renate Bogdanovic; Dr. Franziska Bremus; Rebecca Buhner; Claudia Cohnen-Beck; Dr. Daniel Kemptner; Sebastian Kollmann; Matthias Laugwitz; Dr. Alexander Zerrahn

Vertrieb
DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Telefon: +49 1806 14 00 50 25 (20 Cent pro Anruf)

Gestaltung
Roman Wilhelm, DIW Berlin

Umschlagmotiv
© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz
Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Druck
USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)
Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter unter **www.diw.de/newsletter**